Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 8. Wahlperiode, 1971-75

(1.11.1973) Drucksache 8/647

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8 / 647
01. 11. 73

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD
zum Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Höhe der Rundfunkgebühr

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) vertritt die Auffassung, daß durch die stagnierenden Gebühreneinnahmen und durch die Kostensteigerungen bei den Rundfunkanstalten eine angemessene **Gebührenanpassung** zum 1. Januar 1974 erforderlich ist, um die Unabhängigkeit, Entwicklung und Qualität der Programmgestaltung zu sichern.

   Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, daß die Gebührenerhöhung nicht wie zunächst geplant beim Hörfunk DM 1,—, sondern **DM 0,50** und beim Fernsehen nicht DM 2,50, sondern jetzt **DM 1,50** beträgt.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich gegen eine weitere Erhöhung der **Werbezeiten** aus, weil dadurch die Unabhängigkeit der Programmgestaltung beeinflußt und die Existenz des öffentlich finanzierten und öffentlich kontrollierten Rundfunkwesens gefährdet wird.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß mit der Gebührenerhöhung in folgenden Bereichen **Änderungen** eingeleitet werden:

   3.1 Verbesserungen in der sozialen und rechtlichen Sicherstellung von Redakteuren und Journalisten und der ständigen freien Mitarbeiter (Schaffung eines einheitlichen Versorgungswerkes);

   3.2 Wegfall der in einigen Fernsehanstalten üblichen hohen Stargagen;

   3.3 Verstärkung der Behandlung regionaler politischer Probleme und Aktivitäten (Aufgabengerechtes Regionalprogramm);

   3.4 Weiterentwicklung des Schul- und Hochschulfernsehens und der Weiterbildungsprogramme mit größtmöglicher Austauschfähigkeit der Produktion;

   3.5 Verwendung der Betriebs- und Investitionsmittel nach dem Grundsatz größter Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, u. a. durch die Zusammenfassung der Produktionszentren sowie durch die Schaffung eines Programmpools;

   3.6 Funktionsgerechte Weiterentwicklung des Finanzausgleichs, damit trotz der unterschiedlichen Finanzkraft alle Rundfunk- und Fernsehanstalten in die Lage versetzt werden, die ihnen zugewiesenen Aufgaben sachgerecht zu erfüllen.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß in Zukunft die Grundsätze und Methoden der Finanzierung der Rundfunkanstalten durch eine **unabhängige Gutachterkommission** erarbeitet werden.

Brückner, Dr. Franke und Fraktion der SPD

Carl Schünemann Bremen

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

8. Wahlperiode

Drucksache 8 / 6417

01. 11. 79